Grundbuchbereinigungsverordnung

vom 29. August 1978¹

Landammann und Regierungsrat des Kantons St.Gallen
erlassen

gestützt auf Art. 43 des Schlusstitels zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (ZGB) vom 10. Dezember 1907² und Art. 183 bis 185 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 3. Juli 1911/22. Juni 1942³

als Verordnung:

I. Allgemeine Bestimmungen

Grundsatz

Art. 1.

¹ Die Grundbuchämter haben zur Einführung des eidgenössischen Grundbuches⁴ die Bereinigung der Rechtsverhältnisse an den Grundstücken ohne Verzug durchzuführen.⁵

² Der Gemeinderat sorgt für die erforderliche Organisation des Grundbuchamtes.

Zweck

Art. 2.

¹ Die Bereinigung bezweckt:

- a) Feststellung und Eintragung nicht protokollierter Rechte, die nach ZGB⁶ eintragungspflichtig sind, insbesondere der vor dem 1. Januar 1912 entstandenen Rechtsverhältnisse;
- b) Überprüfung der eingetragenen Rechte und Behebung der Mängel;
- c) Löschung der nicht eintragungsfähigen und der untergegangenen Rechte.

Vorbereitung

Art. 3.

¹ Sobald über das Gesamt- oder ein Teilgebiet des Grundbuchkreises Plangrundlagen und Grundstücknummern vorliegen, legt das Grundbuchamt die provisorischen Grundbuchblätter und Zusatzblätter (Servitutendrouillons) an.

² Gleichzeitig bereitet der Gemeinderat die Erstellung oder Revision des Strassenverzeichnisses⁷ vor.

Organe

a) Anordnung

Art. 4.

¹ Der Regierungsrat bestimmt nach Anhören des Gemeinderates Beginn und Gebietsbereich des Bereinigungsverfahrens.

b) Durchführung

Art. 5.

¹ Die Bereinigung wird vom Grundbuchverwalter oder seinem Stellvertreter durchgeführt.

² Der Regierungsrat wählt kantonale Grundbuchbereinigungsbeamte. Vorbehalten bleibt die Stellenbewilligung durch den Grossen Rat.

³ Sie werden gegen angemessene Kostenvergütung zur Anleitung, Kontrolle und Unterstützung der Grundbuchämter eingesetzt. Es stehen ihnen im Bereinigungsverfahren die gleichen Befugnisse wie dem Grundbuchverwalter zu.

c) Aufsicht

Art. 6.⁸

¹ Die Aufsicht über die Bereinigung obliegt dem Departement des Innern⁹.

² Das Grundbuchinspektorat übt die unmittelbare Aufsicht aus und erlässt die erforderlichen Weisungen.

Mitwirkungspflicht

Art. 7.

¹ Im Bereinigungsverfahren sind die Grundeigentümer und die weiteren Beteiligten zur Mitwirkung verpflichtet.

² Wird zweimal unentschuldig einer Vorladung oder Aufforderung zur Mitwirkung keine Folge geleistet, so wird das Verfahren trotzdem fortgesetzt. Art. 31 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege¹⁰ und Art. 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuches¹¹ bleiben vorbehalten.

Gebühren

Art. 8.

¹ Die Gebührenerhebung richtet sich nach besonderem Gebührentarif.¹²

² Für Verfügungen des Grundbuchamtes im Bereinigungsverfahren werden keine Gebühren erhoben.

³ Amtliche Auskünfte und Registerauszüge sind dem Grundbuchamt für Bereinigungs Zwecke gebührenfrei abzugeben.

II. Bereinigungsverfahren

1. Einleitung

Aufruf

Art. 9.

¹ Nach dem Anordnungsbeschluss des Regierungsrates erlässt das Grundbuchamt einen öffentlichen Aufruf, in dem Ansprecher von nicht eingetragenen Rechten an Grundstücken aufgefordert werden, diese Ansprüche innerhalb von dreissig Tagen beim Grundbuchamt anzumelden.

² Der Aufruf erfolgt im kantonalen Amtsblatt und in den amtlichen Publikationsorganen der Gemeinde.

³ Wird die Bereinigung im Zusammenhang mit einem Meliorationsverfahren durchgeführt, so erfolgt für beide Verfahren der Aufruf gleichzeitig.¹³

Anmeldung

Art. 10.

¹ Die Anmeldung muss enthalten:

- a) genaue Bezeichnung und Umschreibung des Anspruches;
- b) Bezeichnung des Rechtstitels, auf den sich der einzelne Anspruch stützt, oder, wenn ein solcher nicht bekannt ist, die Angabe, seit wann das Recht nachweisbar ausgeübt wird;
- c) Bezeichnung des belasteten Grundstückes;
- d) Bezeichnung des berechtigten Grundstückes oder der berechtigten Person;
- e) bei Grundlasten den mutmasslichen Gesamtwert;
- f) bei Grundpfandrechten Angabe von Pfandsumme, Schuldner und Gläubiger.

² Die Anmeldungen sind mit Eingangsvermerk und fortlaufender Nummer zu versehen und geordnet zu sammeln. Sie sind in den provisorischen Grundbuchblättern oder Zusatzblättern aufzuführen.

Vorprüfung

Art. 11.

¹ Das Grundbuchamt stellt vor jeder Bereinigungsverhandlung durch Vorprüfung fest:

- a) Einträge, die nicht zu bereinigen sind;
- b) Einträge, Vermerke und Ansprüche, die zu bereinigen sind und einer Vereinbarung bedürfen;
- c) unzulässige und offensichtlich bedeutungslose Einträge, die zu löschen sind.

Bereinigungsverhandlung

Art. 12.

¹ Mit den Grundeigentümern und soweit erforderlich mit weiteren Beteiligten ist über bestehende Einträge, Ansprüche und Vermerke, die nach dem Ergebnis der Vorprüfung zu bereinigen sind, zu verhandeln.

² Dabei ist ihre Bereitschaft zur Erledigung der Bereinigungsfälle abzuklären und gleichzeitig die Bereinigung nach Möglichkeit durchzuführen.

2. Behandlung der eingetragenen und angemeldeten Verhältnisse

Altrechtliche Verhältnisse

Art. 13.

¹ Eingetragene dingliche Rechte des kantonalen Rechtes, die nach ZGB¹⁴ nicht mehr begründet werden können, sind unter Mitwirkung der Beteiligten abzulösen oder in eine eintragsfähige Form überzuführen.

² Ist dies nicht möglich, so sind sie im Grundbuch anzumerken.¹⁵

³ Für altrechtliche Pfandrechte werden Art. 21 bis 24 dieser Verordnung angewendet.

Eigentum

Art. 14.

¹ Die Eigentumsverhältnisse sind zu überprüfen und die Eigentümerbezeichnungen zu vervollständigen.¹⁶

² Ist ein Eigentumseintrag infolge ausserbuchlichen Erwerbs nicht nachgeführt, so veranlasst das Grundbuchamt den Erwerber zur Beschaffung der notwendigen Ausweise und zur Anmeldung. Wird keine Folge geleistet, so kann die Eintragung von Amtes wegen auf Kosten des Erwerbers erfolgen.

³ Für Grundstücke, über die bisher kein Eigentumseintrag besteht, hat ein Ansprecher den Eigentumserwerb im Verfahren gemäss Art. 662 ZGB¹⁷ nachzuweisen.

⁴ Für Grundstücke öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Anstalten sowie privatrechtlicher Korporationen gemäss Art. 44 Einführungsgesetz zum ZGB¹⁸ kann das Eigentum aufgrund nachgewiesenen unvordenklichen Besitzes festgestellt werden.

Dienstbarkeiten, Grundlasten, Vormerkungen

a) Löschungen

Art. 15.

¹ Von Amtes wegen werden gelöscht:

- a) Nutzniessung und Wohnrecht infolge Todes des Berechtigten,
- b) befristete Dienstbarkeiten und Grundlasten infolge Zeitablaufs,
- c) Vormerkungen gemäss den Vorschriften der eidgenössischen Verordnung betreffend das Grundbuch.¹⁹

² Andere Einträge, die jede rechtliche Bedeutung verloren haben oder nicht eintragungsfähig sind, werden gemäss Art. 964 ZGB²⁰, nötigenfalls gemäss Art. 976 ZGB²¹ gelöscht.

³ Ist der Berechtigte nicht feststellbar, so wird die Lösungsverfügung während des Schlussaufufes²² beim Grundbuchamt öffentlich aufgelegt.

b) Vereinbarungen

Art. 16.

¹ Bedürfen bestehende Einträge einer vertraglichen Erneuerung, Änderung oder Ergänzung, so berät das Grundbuchamt die Beteiligten, versucht eine Einigung herbeizuführen und bereitet die erforderlichen Belege vor.

c) Übertragungen

Art. 17.

¹ Eingetragene Rechtsverhältnisse, die keiner Änderung bedürfen, sind mit ihrem ursprünglichen Eintragsdatum zu übertragen.

² Bisherige Einträge, deren Verbesserung durch Vereinbarung nicht erzielt werden kann, sind zu belassen und in das Grundbuch zu übertragen, wenn aufgrund des Rechtsgrundausweises Rechtsgehalt, belastetes Grundstück und Berechtigter feststehen.

Vermerke

Art. 18.

¹ Vermerke im Handänderungsprotokoll, die auf dienstbarkeits- oder grundlastähnliche Verhältnisse hindeuten, für die aber kein Eintrag im Servitutenprotokoll besteht, sind unter Vorbehalt einer eintragungsfähigen Vereinbarung oder eines richterlichen Urteils von der Übernahme in das eidgenössische Grundbuch²³ ausgeschlossen.

² Das Grundbuchamt versucht jedoch, mit den Beteiligten über Vermerke im letzten Handänderungsprotokoll-Eintrag eine Vereinbarung herbeizuführen, sofern diese nicht aufgrund des Strassenverzeichnisses²⁴ oder aus andern Gründen offensichtlich bedeutungslos erscheinen oder keinen erkennbaren Bezug auf einen Berechtigten haben.

³ Kommt keine Vereinbarung zustande, so teilt das Grundbuchamt dem in Frage stehenden Berechtigten mit, dass eine Weiterbehandlung im Bereinigungsverfahren unterbleibt und ein allfälliger Anspruch beim Richter geltend zu machen ist.

Verweisung von Ansprüchen zur gerichtlichen Erledigung

Art. 19.

¹ Kommt zwischen den Beteiligten über einen Anspruch hinsichtlich Bestand, Inhalt, Umfang oder Rang eines Rechtes keine gütliche Einigung zustande, so

verweist ihn das Grundbuchamt zur gerichtlichen Erledigung und setzt eine Klagefrist von zwei Monaten mit der Androhung, dass nach unbenütztem Fristablauf der Anspruch im Bereinigungsverfahren nicht mehr berücksichtigt wird. In der Verfügung wird auf die Sicherungsmöglichkeit durch vorläufige Eintragung gemäss Art. 961 ZGB²⁵ hingewiesen.

² Die Klägerrolle ist zuzuweisen:

- a) jedem Ansprecher, der ein nicht eingetragenes Recht geltend macht oder die Änderung eines Eintrages anbegehrt;
- b) dem Grundeigentümer, wenn er ein eingetragenes Recht ganz oder teilweise bestreitet.

Anmerkungen

Art. 20.

¹ Unzulässige Anmerkungen werden auf Anmeldung des Berechtigten oder durch Verfügung des Grundbuchamtes gelöscht.

² Über nicht vollziehbare Löschungs- und Änderungsbegehren entscheidet das Grundbuchamt durch Verfügung.

Grundpfandrechte

a) Pfandrechts- und Titelbereinigung

Art. 21.

¹ Im Anschluss an die Bereinigung der Dienstbarkeiten und Grundlasten werden die Grundpfandrechte bereinigt.

² Bei altrechtlichen Pfandrechten ist darauf hinzuwirken, dass sie gelöscht, durch Neuerrichtung ersetzt oder in Pfandrechte nach den Vorschriften des Schweizerischen Zivilgesetzbuches²⁶ umgewandelt werden.²⁷

b) Einreichung von Pfandurkunden

Art. 22.

¹ Das Grundbuchamt verlangt alle Pfandtitel ein, soweit sie zu entkräften, nachzuführen²⁸ oder zu kontrollieren sind.

Grundpfandverschreibungsurkunden werden nur auf Verlangen nachgeführt.

c) vermisste Pfandtitel und bedeutungslose Pfandrechtseinträge

Art. 23.

¹ Werden Pfandtitel vermisst, so sind die dazu Berechtigten zur Einleitung des Kraftloserklärungsverfahrens gemäss Art. 870 oder 871 ZGB²⁹ zu veranlassen.

² Altrechtliche Pfandrechte mit unbekanntem Gläubiger, die bereits vor dem 1. Januar 1912 beim Eintrag einer Handänderung oder Pfanderrichtung nicht mehr als bestehend aufgeführt worden sind, werden nicht in das eidgenössische Grundbuch³⁰ übertragen, wenn der Grundeigentümer das Recht bestreitet oder das belastete Grundstück nicht mehr feststellbar ist und im Bereinigungsverfahren kein Anspruch angemeldet wird.

³ Für Pfandrechte, die erstmals nach dem 1. Januar 1912 in einer Handänderungs- oder Pfandeintragung nicht mehr aufgeführt worden sind, vom Belasteten bestritten werden und vermutlich nicht mehr zu Recht bestehen, hat das Grundbuchamt anstelle des Grundeigentümers das Kraftloserklärungs-

⁴ verfahren auf Kosten der Gemeinde mit einem möglichst alle Fälle umfassenden Sammelbegehren zu veranlassen.

d) Anstände

Art. 24.

¹ Kommt zwischen den Beteiligten über Ansprüche, Bestreitungen und Änderungsbegehren keine gütliche Einigung zustande, so wird Art. 19 dieser Verordnung sachgemäss angewendet.

III. Bereinigungsabschluss und Inkraftsetzung des Grundbuches

Bereinigungsabschluss

Art. 25.

¹ Nach Abschluss der Bereinigungsarbeiten nimmt das Grundbuchamt die erforderlichen Kontrollen vor und erstattet dem Grundbuchinspektorat Meldung. Dieses ordnet die Anlegung des Grundbuches und den Schlusseruf an.

Schlusseruf

Art. 26.

¹ Der Schlusseruf wird vom Grundbuchamt im kantonalen Amtsblatt und in den amtlichen Publikationsorganen der Gemeinde veröffentlicht.

² Im Aufruf ist darauf hinzuweisen, dass:

- a) das bereinigte Grundbuch während dreissig Tagen zur öffentlichen Einsicht³¹ aufliegt,
- b) innert der Auflagefrist beim Grundbuchamt Einwendungen wegen Mängeln und Unrichtigkeiten erhoben werden können,
- c) eintragungsbedürftige, noch nicht eingetragene Rechte anzumelden sind, andernfalls sie vom Zeitpunkt der Inkraftsetzung des Grundbuches an gegenüber gutgläubigen Dritten nicht mehr geltend gemacht werden können³².

³ Neue Ansprüche sind zu bereinigen.

⁴ Auf bereits behandelte Begehren tritt das Grundbuchamt nicht mehr ein und erlässt die erforderliche Verfügung.

Inkraftsetzung

Art. 27.

¹ Das Grundbuchinspektorat prüft den Abschluss der Bereinigung und die Anlegung des Grundbuches.

² Der Regierungsrat setzt das eidgenössische Grundbuch³³ in Kraft.

³ Das Grundbuchamt veröffentlicht die Inkraftsetzung im kantonalen Amtsblatt und in den amtlichen Publikationsorganen der Gemeinde.

IV. Rechtsschutz

Rechtsmittel

Art. 28.³⁴

¹ Gegen Verfügungen des Grundbuchamtes im Bereinigungsverfahren kann, soweit nicht gerichtliche Anfechtung vorgesehen ist³⁵, innert zehn Tagen seit der Mitteilung Beschwerde beim Departement des Innern geführt werden. Dieses entscheidet abschliessend über Beschwerden gegen Verfügungen, die gemäss Art. 19 und 26 Abs. 4 dieser Verordnung erlassen worden sind.

² Im Übrigen richtet sich der Rechtsschutz nach den Vorschriften des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege³⁶.

V. Schlussbestimmungen

Änderung bisherigen Rechts

a) EV zum ZGB

Art. 29.

Die Einführungsverordnung zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 14. Dezember 1945³⁷ wird wie folgt geändert:

Art. 60 Abs. 1.

¹ In die Urkunde betreffend Übertragung und vor Grundbucheinführung auch in jene betreffend Verpfändung von Grundstücken ist ein vollständiger Grundbuchauszug aufzunehmen.

II. Hauptbuchanlage und Grundstücknummern

Art. 69.

¹ Die Aufnahme der Grundstücke in das eidgenössische Grundbuch³⁸ erfolgt durch Anlegung der vorgeschriebenen Hauptbuchblätter.³⁹

² Die Grundbuchblattnummern müssen mit den im Vermessungswerk zugeteilten Grundstücknummern übereinstimmen.

³ Die Nummern für selbständige und dauernde Rechte sowie für Miteigentums- und Stockwerkeigentumsanteile sind mit dem Geometer festzulegen und dürfen im Vermessungswerk für Liegenschaften nicht mehr verwendet werden.

Art. 93 wird aufgehoben.

6. Aufbewahrung und Beseitigung entkräfteter Pfandurkunden

Art. 101.

¹ Pfandtitel und Pfandverschreibungen mit Ausstelldatum vor 1870 sind schonend zu entkräften und dauernd im Gemeindearchiv aufzubewahren oder nach 10 Jahren an das

Staatsarchiv abzuliefern. Dieses kann die Ablieferung solcher Urkunden im Original oder in Kopie verlangen.

² Pfandtitel und Pfandverschreibungen mit Ausstelldatum ab 1870 sind nach Ablauf von 10 Jahren seit Entkräftung und Grundbucheinführung zu vernichten, wenn sie nicht im Gemeindearchiv aufbewahrt werden.

³ Auf begründetes Gesuch kann das Grundbuchamt mit Zustimmung des Grundbuchinspektorates und des Staatsarchives ausnahmsweise die Aushändigung entkräfteter Pfandurkunden bewilligen, wenn besondere schützenswerte Interessen glaubhaft gemacht werden.

II. Form vor Einführung des Grundbuches

Art. 111.

¹ Vor Einführung des Grundbuches erfolgen die Anmerkungen beim letzten das Grundstück betreffenden Eigentumseintrag im Handänderungsprotokoll, nach Anlage der provisorischen Grundbuchblätter nur noch in diesen Blättern.

III. Registerführung

1. Provisorische Grundbuchblätter und Zusatzblätter

Art. 125.

¹ Sobald Grundstücknummern vorliegen, sind die provisorischen Grundbuchblätter nach amtlichem Formular und die Zusatzblätter anzulegen.

² Darin sind alle in den Formularen vorgesehenen Angaben, die den Protokollen zu entnehmen sind, aufzuführen.

IV. Schutz des Grundbuches

Art. 129bis (neu).

¹ Das eidgenössische Grundbuch⁴⁰ und vor dessen Einführung auch das provisorische Grundbuch sind mit den erforderlichen Schutzvorkehrungen gegen Verlust, Schaden und unbefugte Einwirkung aufzubewahren.

² Das eidgenössische Grundbuch⁴¹ ist bei der Inkraftsetzung und nachher periodisch mindestens alle 5 Jahre auf Mikrofilm aufzunehmen. Das provisorische Grundbuch ist in der Regel mindestens alle 10 Jahre zu verfilmen. Die Mikrofilme sind dem Grundbuchinspektorat abzuliefern.

Art. 142 Abs. 2 wird aufgehoben.

b) Verordnung über das Alpbuch

Art. 30.

Die Verordnung über das Alpbuch vom 22. März 1951⁴² wird wie folgt geändert:

Art. 12 Abs. 1 wird aufgehoben.

c) RRB über Massnahmen zur Beschleunigung der Einführung des eidgenössischen Grundbuches

Art. 31.

Der Regierungsratsbeschluss über Massnahmen zur Beschleunigung der Einführung des eidgenössischen Grundbuches vom 4. Juli 1977⁴³ wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 2.

¹ Die zwangsweise Einführung des eidgenössischen Grundbuches gemäss Art. 140 der Einführungsverordnung zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch⁴⁴ bleibt vorbehalten.

Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 32.

¹ Die Verordnung über die Einführung des Grundbuches vom 17. März 1950⁴⁵ wird aufgehoben.

Übergangsrecht

Art. 33.

¹ Die bei Vollzugsbeginn dieser Verordnung bei der Grundbuchkommission hängigen Streitsachen⁴⁶ sind von dieser nach Möglichkeit gütlich zu erledigen.

² Ist dies nicht möglich, so hebt die Grundbuchkommission den Entscheid des Grundbuchamtes auf und verweist die Ansprüche gemäss Art. 19 dieser Verordnung zur gerichtlichen Erledigung.

Vollzugsbeginn

Art. 34.

¹ Diese Verordnung wird nach Genehmigung des Bundesrates ab 1. November 1978 angewendet.

Der Landammann:
Willy Herrmann

Im Namen des Regierungsrates,
Der Staatsschreiber:
Dr. Hans Stadler

1 Vom Bundesrat genehmigt am 21. September 1978; in Vollzug ab 1. November 1978. Geändert durch Abschnitt II Ziff. 63 des VI. Nachtrags zum [GeschR](#) vom 30. Oktober 2007, nGS 42-101 (sGS [141.3](#)).

2 [SR](#) 210.

3 sGS 911.1.

4 Art. 942 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

5 RRB über Massnahmen zur Beschleunigung der Einführung des eidgenössischen Grundbuches, sGS 914.311, und Art. 140 EV zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, sGS 911.11.

6 [SR](#) 210.

7 Art. 8 und 121 [StrG](#), sGS 732.1.

8 Geändert durch VI. Nachtrag zum [GeschR](#).

9 Siehe auch Art. 26 lit. b [GeschR](#), sGS 141.3; RRB über das Justiz- und Polizeidepartement, sGS 141.35.

10 sGS 951.1.

11 Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 13. November 1973, [SR](#) 311.0.

12 Nr. 71 des Gebührentarifs für die Grundbuchämter und die Grundstücksschätzungskommissionen, sGS 914.5.

13 Art. 20 der VV zum [MelG](#), sGS 633.11.

14 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

15 Art. 45 Schlusstitel zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; Art. 114 der eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

16 Art. 31 ff. der eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

17 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

18 sGS 911.1.

19 Art. 72 und 76 der eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

20 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

21 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

22 Art. 26 dieser V.

23 Art. 942 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

24 Art. 8 [StrG](#), sGS 732.1.

25 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

26 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

27 Art. 22 ff. Schlusstitel zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

28 Art. 68 der eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

29 Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

30 Art. 942 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.

31 Art. 970 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.

- 32 Art. 44 Abs. 1 Schlusstitel zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.
- 33 Art. 942 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.
- 34 Geändert durch VI. Nachtrag zum [GeschR](#).
- 35 Art. 956 Abs. 2 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210.
- 36 sGS 951.1.
- 37 sGS 911.11.
- 38 Art. 942 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.
- 39 Art. 2, 107 und 107 b Abs. 2 der eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.
- 40 Art. 942 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.
- 41 Art. 942 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs vom 10. Dezember 1907, [SR](#) 210; eidgV betreffend das Grundbuch vom 22. Februar 1910, [SR](#) 211.432.1.
- 42 sGS 914.41.
- 43 sGS 914.311.
- 44 sGS 911.11.
- 45 bGS 5, 157 (sGS 914.31).
- 46 Art. 16 Abs. 3 der V über die Einführung des Grundbuchs, bGS 5, 157.